

Bernd Schütt

Die Stadt - Postmoderne Inszenierung oder sozial-ökologische Erneuerung?

Dr. Bernd Schütt, Jahrgang 1951, Studium der Publizistik, Soziologie und Politologie, war von 1980 bis 1984 Redakteur der Zeitschrift „Die Mitbestimmung“. Seit 1984 ist er Fachreferent beim Bundesvorstand der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden in Frankfurt/M.

Unternehmensstruktur- Richtschnur für Kommunalpolitik

Die Stadt hat Konjunktur. Längst wird sie nicht mehr als allesfressender Moloch gesehen, scheint sich von ihrer Unwirtlichkeit befreit zu haben. Stadt wird als Synonym für Lebendigkeit, Abwechslung, Unterhaltung, Erlebnis und Ablenkung verwendet. Städtisches Leben - das ist bei aller Widersprüchlichkeit und Unordnung doch Vertrautheit, aber auch Distanz und Anonymität. Wer sich hier zurecht findet, demonstriert Gewandtheit und weltmännische Lebensart. Genau das meint Urbanität, der sich heute jede Stadt verpflichtet weiß. Städtisches Leben ist zwar Garant für vielfältige und gegensätzliche Lebensstile, aber längst noch nicht für gleiche Lebenschancen. Urbanität bleibt reduziert auf die Mittel der Werbung, der Selbstdarstellung und Machtdemonstration. Sie liefert die Legitimation für die Konkurrenz der Städte als Wirtschaftsstandorte. Es ist das Gegenteil von dem eingetreten, was Gottfried Benn als Verlust der Metropole Berlin feststellen zu müssen glaubte: „Jetzt zelebriert jeder seine Messe, Hamburg weiß nichts von München, Düsseldorf nichts von Stuttgart, sie brodeln vor sich hin.“ Tatsächlich wird heute argwöhnisch darauf gesehen, was in diesen Städten, aber auch in Köln und Frankfurt, passiert.

Der Wettlauf zwischen den einzelnen Städten hat in einer Zeit begonnen, in der ganze Branchen Strukturkrisen durchmachen, sich Produktions- und Lebenszusammenhänge auflösen, Massenarbeitslosigkeit zur beherrschenden

Einflußgröße für kommunale Investitionskraft wird und Umweltprobleme sich zu ökologischen Krisen verdichten. Nicht mehr die klassische Industrieproduktion bildet das Herzstück der Stadtentwicklung, sondern der Dienstleistungsbereich mit seinen Verwaltungs-, Informations-, Kommunikations- und Steuerungsfunktionen.

Damit verlieren auch die klassischen Standortfaktoren an Gewicht. Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ist abgeschlossen. Über Verbundnetze ist Energie überall verfügbar. Zudem läßt sich der Produktionsprozeß durch die entwickelten Steuerungs-, Transport- und Lagerhaltungssysteme in räumlich getrennte Produktionsstufen zerlegen, was gleichzeitig die Kapitalbindung verringert. Mehr Steuerungsaufwand heißt aber auch mehr Informationsaufwand, was wiederum den Ausbau der kommunikativen Infrastruktur (Glasfaserkabel) vorantreibt. Häufig genug wird daraus der Fehlschluß gezogen, die bestehende Infrastruktur bedürfe keiner neuen Investitionen. Die Folgen solch politischer Blindheit sind längst sichtbar: Straßen sind in schlechtem Zustand, Stadtteile jenseits der innenstädtischen Kernbereiche verkommen und das Abwassersystem verrottet. Gleichfalls gibt der scheinbar erkannte Entwicklungstrend ausreichend Legitimation, um in den Kommunen, die sich dem Diktat der leeren Kassen und der Länderfinanzaufsicht ausgesetzt sehen, Investitionen für Wirtschaftsförderung umzulenken. Auch hier sind die Folgen die gleichen. Wo der Ausbau des Dienstleistungsbereichs selbst Element der Stadtentwicklung ist, wandert die industrielle Produktion mehr und mehr in den ländlichen Raum ab. Dort sind die Grundstückspreise noch vergleichsweise niedrig und die Umweltkosten gering. Die Aussicht auf zusätzliche Gewerbesteuern läßt kleine Kommunen vieles tun, was in der Stadt nicht mehr möglich ist. Mit Blick auf die Gewerbesteuer, aber auch durch mangelnde Verwaltungspraxis sowie fehlender Qualifikationen fällt hier so mancher Genehmigungsbescheid großzügiger aus und wird der Gebührenrahmen nicht ausgeschöpft. Wenn so auch das Steueraufkommen der Randkommunen anwächst, darf nicht vergessen werden, daß sie dadurch auch erpreßbarer werden. Die Steuerpeitsche bietet allemal die Gelegenheit zum kommunalpolitischen Dressurakt.

Die freigewordenen Kerngebiete in den Innenstädten schaffen Raum für mehr Büro- und Verwaltungseinheiten, fördern die Konzentration der Dienstleistungen. Glitzernde Einkaufspassagen, aber auch Erholungs- und Freiflächen entstehen. Mit diesen Produktionsumbrüchen geht die Zersiedelung der Landschaft Hand in Hand. Die Flucht aus den Städten jedoch bleibt und damit die Probleme des Individualverkehrs. Nach wie vor hat das grüne Umland schon wegen der Grundstückspreise Anziehungskraft für die Besserverdienenden. Die soziale Polarisierung zwischen den grünen Vororten und die Abwertung von ganzen Stadtbezirken schreitet weiter voran. Auch in den Zentren kommt die Polarisierung voran. Werden Industriebetriebe an den Rand der Stadt verdrängt, müssen sich die in der Stadt wohnenden qualifizierten Fachkräfte zu ihnen auf den Weg machen. Gleichzeitig geraten tradi-

tionelle Wohnviertel mit ihrem weitgehend intakten sozialen Milieu und gewachsenen Kommunikationsbeziehungen unter die Lawine der Bürohäuser. Die Bodenspekulation in den Kernlagen der Innenstädte blüht, Wohnraum wird vernichtet, der Einzelhandel verliert vielfach seine Existenz und kleine Betriebe geben auf. Zu verkaufen ist lohnender als zu produzieren.

Wo die Büros vordringen, bleiben soziale Lücken, die erst in der Zukunft geschlossen werden. Verschiedentlich entstehen schon Aufsteigerghettos, wo es weder an der Luxuswohnung, der Edelboutique noch an der Schicki-Micki-Kneipe fehlt. Solcher Art modisch hergerichtete Zentren werden zum Anziehungspunkt der Geschäftsleute, qualifizierter und aufstiegsorientierter Angestellter, Yuppies, Rentiers - bis hin zur künstlerischen Boheme. Ihnen auf dem Fuße folgen neue Stätten der gehobenen Vergnügung und Unterhaltung. Ein Prozeß, der bewußt geplant wird. Besonders deutlich wird das am Beispiel Frankfurts, das sich voll und ganz der „Förderung des Wirtschaftsstandorts“ verschrieben hat. Es wird, da ist sich der Oberbürgermeister dieser Stadt sicher, zur Herausbildung einer „neuen Bevölkerung“ kommen, die sich aus Singles „mit einem hohen Lebensanspruch im Blick auf die Entwicklung der Stadterlebnisse“ zusammensetzt. Andere Arbeitnehmer spielen nur noch eine Nebenrolle. Sie werden gezwungen, entweder horrenden Mieten zu zahlen oder aber den preiswerten Wohnungen hinterher zu ziehen.

Das Größenwachstum der Städte ist heute von untergeordneter Bedeutung. Dafür sind aber ihre sozialen Prozesse um so radikaler. In der Gleichsetzung von Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung werden Unternehmensentscheidungen zur Richtschnur kommunalpolitischen Handelns. Insofern erweitern sich auch die Handlungsspielräume der Unternehmen selbst. Wenn Banken sich krakenhaft ganze Stadtviertel einverleiben, wie jüngst das Bahnhofsviertel in Frankfurt, so erhebt sich kaum noch eine Stimme des Protestes. Der hochspekulative Vorgang der Auflösung des Rotlicht-Viertels wird nicht auf seine ökonomische Ursache oder seine soziale Auswirkung hin untersucht, sondern gleichsam als Akt moralischer Erneuerung gefeiert. Die in diesem Viertel zu offensichtliche Ware-Geld-Beziehung paßt nicht zur Stille und Nichtöffentlichkeit der Bankgeschäfte.

Weitaus allgemeiner gilt: Wo die Schatten der hochaufgerichteten Bürotürme hinfallen, wird es nicht lange dauern, bis sich gewachsene soziale Beziehungen auflösen und sich die Entmischung der Kernstädte fortsetzt. Daß dies als Qualitätssprung bei den kommunalpolitischen Spitzen empfunden wird, läßt sich den Prospekten der Stadtwerbung einzelner Städte oder ihrer Aushängeschilder entnehmen. Dort heißt es: „Büroadresse mit Weltanschluß“ oder „Weltdienstleister“.

Hochkultur als neuer Standortfaktor

Weltmännisches Gehabe braucht natürlich auch kulturelle Beigaben. Das reicht von der Ästhetisierung der Zweckbauten, ihrer Innengarnierung mit

Kunstwerken, über Museumsufer bis zur Kulturmeile oder gar zur Wissenschaftsstadt. Unzweifelhaft hat die Architektur an gesellschaftlicher Bedeutung gewonnen. Ihre Vielfalt kommt wieder zu Tage. Von den gesichtslosen Büroschachteln der Vergangenheit ist Abschied genommen worden, aber auch vom sozialen Anspruch. Formale Gestaltung ist angesagt zum Zwecke der Identitätsstiftung und städtebaulichen Aufwertung. Galt letzteres in den zwanziger Jahren für den Wohnungsbau, so bezieht die Stadtentwicklung heute ihre Leitbilder aus den Bürolandschaften und noch mehr aus der Kulturverpackung. Gerade die neuen Museen setzen in vielen Städten die auffälligsten Akzente. Rund zwei Milliarden DM wurden seit 1980 in neue Museen investiert und damit dokumentiert, daß nunmehr der Wiederaufbau der westdeutschen Städte abgeschlossen ist. Die materiellen Bedürfnisse scheinen gedeckt. Nun darf es auch einmal etwas Kultur sein. Die Inhalte dieser Museen sind weniger wichtig als ihre äußere Form. Auch hieran läßt sich ablesen, daß es nicht um die Kultur schlechthin geht, sondern um städtische Imagepflege und vornehmlich Förderung der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit. Dazu paßt auch die Aufpolierung historischer Stadtbilder.

Kultur als Moment der Stadtentwicklung greift zweifellos vorhandene Bedürfnisse der Menschen auf. Dies gilt gleichfalls für die Wiedergewinnung der gebauten Stadtgeschichte. Doch beides bleibt eindimensional, ist auf den gut ausgebildeten und qualifizierten Bürger ausgerichtet. Kultur wird immer mehr zur Stütze des Konsums und Vorführung gehobener Lebensart. Sie ist der sozialen Erfordernisse entkleidet, und als Kulturinszenierung trägt sie selbst zur Zerstörung gewachsener Lebensbeziehungen bei. Als Mittel der Wirtschaftsförderung verkommt Kultur als Lockmittel für qualifizierte Arbeitskräfte. Es geht um Imagepflege, wenn der badenwürttembergische Ministerpräsident Lothar Späth betont: „Ein kulturelles Ambiente ist heute für viele Unternehmen schon wichtiger als der Gleisanschluß.“ Der eingeleitete Dialog zwischen Wirtschaft und Kultur wird durch ökonomische Faktoren bestimmt, der der Bewegung „Kultur für alle“ schon längst das Wasser abgegraben hat. Gefördert wird die Hochkultur, für kulturelle Initiativen bleiben nur Nischen. Sie geraten zudem immer wieder in Gefahr, die spärlich ausgestreuten Scherflein nicht mehr zu erlangen.

Gemessen an der Kahlschlagsanierung der fünfziger und sechziger Jahre ist die Rekonstruktion der Städte und die Wiederentdeckung ihrer baulichen Geschichte sicherlich ein Fortschritt. Allerdings dominieren die Gesichtspunkte des Herausputzens und der Dekoration. Die Geschichte bleibt äußerlich. Sie wird bestaunbar, aber dadurch nicht begreiflicher. Dabei liefert gerade die gebaute Historie Fixpunkte und Orientierung, wenn sie in ihren sozialen Kontext gestellt wird. Sie trägt dann zum gesellschaftlichen Verständnis bei und leistet einen Beitrag zur Bildung politischer Öffentlichkeit. Für die Politisierung der Stadtentwicklung wäre dies ein wichtiger Schritt. Sonst bleibt es beim baulichen Zoo, der allenfalls Entzückungsrufe hervorbringt.

Längst sind die westdeutschen Städte als lärmende Wirtschaftsstandorte, als Einkaufspassagen miteinander in Konkurrenz getreten. Sie wetteifern gerade auf dem Gebiet der Stadtqualität, des Stadtbildes und der gehobenen Wohnlichkeit. Stadtgestaltung als Stadtbildaufwertung soll den Städten eine eigene unverwechselbare Identität geben. Stadtkulissen werden gleich Theaterstücken inszeniert.

Die Stadt stellt sich dar: Während die Großstädte als Ganzes gesichtslos geworden sind und an ihren Rändern in Vororte zerbröseln, die sich zum Verwechseln gleichen, wird der Innenstadt die Rolle der Repräsentation zugewiesen. Dieser Raum wird zum Stadterlebnis, ist zur alltäglichen Besichtigung freigegeben. Daneben locken die Passagen des gehobenen Konsums - bei gleichzeitiger Ausgrenzung großer Bevölkerungsteile.

Soweit also Stadterneuerung unter dem Gesichtspunkt von reinem Kommerz steht, bleibt städtisches Leben auch an die Zeiten des Warenumschlags gebunden. Dann sinkt es gegen Null. Wie einseitig heute städtisches Leben gesehen wird, läßt sich an den immer häufiger unternommenen Verstöße zur Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten feststellen.

Städtebaulicher Glanz, aber neue Armut

Auf der anderen Seite verschärft die kulturelle Aufwertung der Kernstädte als Mittel der Wirtschaftsförderung die Kluft zwischen armen und reichen Städten. All diejenigen, die Förderung eigentlich nötig hätten, können in diesem Wettbewerb nicht mithalten und fallen noch weiter zurück.

Mit dem neuen Prunk werden die Probleme der Massenarbeitslosigkeit und die damit verbundene neue Armut mit ihren explodierenden Sozialhilfekosten übertüncht. Soweit Stadtgestaltung nur losgelöste Denkmalspflege und aufgesetzte Historizität ist, trägt sie zur Vertuschung sozialer Konflikte bei, anstatt sie selbst zum Thema zu machen. Daß der Mensch und seine Bedürfnisse als Strukturelemente in die Stadtgestaltung eingegangen seien, läßt sich wohl nicht behaupten. Deshalb muß die alte Forderung, mit dem Menschen für den Menschen zu bauen, erneut erhoben werden. Er muß die Chance haben, sich und seine Bedürfnisse und Vorstellungen formulieren und einbringen zu können.

Doch noch immer sind die Sanierungsanstrengungen in den Wohnbezirken in ihrer Wirkung spekulativ, was immer wieder zu einer Vertreibung der ursprünglichen Bewohner führt. Solche Formen der Sanierung festigen nicht die sozialen Strukturen, sondern lösen sie auf. In die gleiche Richtung wirkt der Rückzug des Bundes aus dem sozialen Wohnungsbau, der in vielen Ballungsgebieten erste Anzeichen einer neuen Wohnungsnot unter sozial Schwachen aufkommen läßt. Die Mietpreise steigen bereits und immer mehr Menschen sind auf Wohngeld angewiesen. 1987 bezogen 11,7 Prozent aller Mieterhaushalte Wohngeld. Diese Entwicklung steht im direkten Verhältnis zur Arbeitslosenzahl. Die Ausgrenzung von Bevölkerungsteilen findet auch hier

seinen Niederschlag, allerdings ohne daß es bis jetzt zur Ghetto-Bildung gekommen ist. Noch halten die Fäden des sozialen Netzes. Aber wie lange noch?

Es sind nicht nur die alten sozialen Fragen, die sich beim Thema Stadterneuerung stellen. Neue kommen hinzu, die sich beispielsweise aus den Veränderungen des Arbeitsprozesses ergeben. Das Wachstum arbeitsfreier Zeit gibt auch dem Wohnumfeld und der Nachbarschaft neue Bedeutung. Kommunikationsmöglichkeiten und die Voraussetzung für soziale Kontakte müssen erst wieder geschaffen werden, in einer Zeit, in der der Marktplatz zum Parkplatz geworden ist und das Gespräch am Arbeitsplatz dem stummen Blick auf den Bildschirm weicht. Hier anzusetzen, ist durchaus eine Aufgabe der Kultur. Aber es müßte eine Kultur sein, die sich aus den bestehenden sozialen Milieus selbst entwickelt und gegen die kulturelle Hegemonie des „herrschenden Blocks“ (Gramsci) erkämpft werden muß. Ansatzpunkte hierfür sind in der Genossenschaftskultur der Arbeiterbewegung zu finden, die gegenwärtig ihre Wiedergeburt vornehmlich in der alternativen Szene findet. Aber es geht auch um eine kulturelle Infrastruktur, die sich aus Kulturläden, Bürger- und Kommunikationszentren, Kleinkunsthöfen und Räumen für Initiativen aller Art zusammensetzt. Auch die Ortsverbände der Gewerkschaften könnten hier eine wichtige Funktion einnehmen. Allerdings stehen Konzepte noch aus. Sicher ist nur, daß gewerkschaftliches Leben sich nicht allein auf den Arbeitsprozeß beschränken darf. Kultur im Stadtteil darf nicht als sozialtherapeutische Maßnahme mißverstanden werden, sondern muß Raum für eigene Initiativen, für die Auseinandersetzung und die Gestaltung des Alltages eröffnen. Das kulturelle Erleben liegt dann nicht in der äußeren Wahrnehmung, sondern in der inneren Beteiligung, was auch die Rezeption und Auseinandersetzung mit der Hochkultur erleichtert.

Die Frage der Beteiligung stellt sich auch bei der ökologischen Problembewältigung. Daran fehlt es in der kommunalpolitischen Praxis ebenso wie an integrierten Konzepten zur ökologischen Stadterneuerung. Hier überwiegt die Methode der Problemverkleinerung und wird meist nur dort angesetzt, wo sich bereits Widerstand rührt.

Über die städtischen Umweltprobleme ließe sich viel sagen. Ihre Tragweite wird vielleicht am deutlichsten an der Veränderung des Stadtklimas. Gerade die Häufung von Pseudokrüppfeln in zahlreichen bundesdeutschen Großstädten gibt Hinweise auf den Krankmacher Stadtluft. Zwar konnte in den letzten Jahren der Luftschadstoff ausstoß bei den großen Industrie- und Kraftwerksanlagen gebremst werden, doch ergeben sich steigende Belastungen aus erhöhtem Verkehrsaufkommen und den umweltpolitischen Halbheiten bei der Kfz-Abgasentgiftung. Allerdings ist die Luftverschmutzung nur ein Teil des Stadtklimas. Bereits die Zusammenballung der Menschenmengen, die Aufrichtung großer Stein- und Betonmassen und vor allem die Bodenversiegelung führen dazu, daß über den Städten öfter große Dunstglocken hegen. Die Folge: Weniger wachstumsförderndes Ultraviolettlicht kommt zu Boden. Es

regnet mehr als auf dem Lande und im Sommer gibt es weniger Abkühlung. Insbesondere die Fähigkeit des Bodens zur Feuchtigkeitsspeicherung wurde durch Bebauung, Asphaltierung und Betonierung - also Versiegelung des Bodens - weitgehend eingeschränkt. Das Niederschlagswasser fließt meist in Kanäle ab anstatt zu verdunsten. Damit werden auch das Kanalnetz und die Kapazität der Kläranlagen unnötig belastet.

Der Rat der Sachverständigen für Umweltfragen hat im jüngsten Umweltgutachten dazu Datenmaterial vorgelegt. Zwischen 1950 und 1977 wurden durchschnittlich täglich 94 ha der Bundesrepublik zugebaut. Der Landverbrauch steigerte sich in der Zeit von 1973 bis 1978 weiter auf 113 ha pro Tag und in den Jahren von 1981 bis 1985 wurden sogar 121 ha im Tagesmittel versiegelt. Trotz Bevölkerungsrückgang hält dieser Trend an, was mit der Änderung der Familienstrukturen und den wachsenden Wohnraumbedürfnissen, dem Büroboom und der weiteren Ausdehnung der Gewerbeflächen zusammenhängt.

Da es mit dem Grün in der Stadt und hier vor allem mit dem Wald nicht weit her ist, liegen die Stadttemperaturen im Durchschnitt um 2 Grad Celsius höher als auf dem Lande. Dies gilt auch für den Winter, weil dann die zahlreichen Heizungen die Stadt erwärmen.

Die Bodenversiegelung hat natürlich auch Konsequenzen für die Anreicherung des Grundwassers. Vielerorts mußte das Sinken des Grundwasserspiegels festgestellt werden, und die Trinkwassergewinnung wird schwieriger. Einige Großstädte sind auf die Idee gekommen, Wasser beispielsweise aus der Lüneburger Heide oder dem Vogelbergsgebiet zu importieren. Als Folge davon sinkt in diesen Bereichen der Grundwasserspiegel, und ein Prozeß der allmählichen Versteppung wird eingeleitet.

Ökologische Stadterneuerung braucht soziale Veränderung

Die ökologische Stadterneuerung ist längst überfällig. Hartmut Häußermann und Walter Siebel¹ haben allerdings zu Recht darauf hingewiesen, daß zwischen den notwendigen ökologischen Forderungen und den „Vorzügen urbanen Lebens“ starke Widersprüche bestehen.

„Die städtische Lebensweise ist ein Triumph über die Abhängigkeit des Menschen von der Natur. Lebensweisen erscheinen um so städtischer je weniger sie von Zeitrhythmen der Natur diktiert, je weniger sie von natürlichen physischen Bedingungen abhängig sind. Aber die Herrschaft über Natur und die städtische Lebensweise als Ausdruck der Unabhängigkeit von Natur produzieren Folgen, die die Fortexistenz der Menschheit selbst in Frage stellen. Diese Lebensweise, so scheint es, zerstört ihre eigenen Grundlagen. Die Natur, auf der die Stadt als künstlichste aller Welten errichtet ist, hält sie nicht mehr aus.“ Gleichzeitig verweisen sie auf die neue Qualität der notwen-

¹ Hartmut Häußermann/Walter Siebel: Die Stadt war immer auch Maschine, in: Die Zeit, Nr. 23,3. Juni 1988.

digen politischen Auseinandersetzungen: „Heute muß das Überleben der Menschheit nicht mehr allein in der Auseinandersetzung mit der Natur, sondern auch gegen die Menschen selbst, gegen ihre Kultur gesichert werden. Wenn das so ist, dann können ökologische Maxime aber auch in Konflikt geraten mit den positiven, den emanzipatorischen Kreisen der Kultur. Denn eben jene Elemente städtischer Lebensweise, die die biologische Existenz bedrohen, sind mit alten Hoffnung auf die Befreiung von mühseliger Arbeit und Zwängen verknüpft.“ Gerade bei der Stadtentwicklung stellt sich heraus, „daß ökologische Probleme soziale Ursachen haben, daß also zu ihrer Lösung auch soziale Veränderungen notwendig sind.“ Und in der Tat, es geht darum, Stadterneuerung in sozialer, humaner und ökologischer Perspektive voranzutreiben. Stadterneuerung muß heute städtebauliche, sozialpolitische, beschäftigungspolitische und umweltschützende Aspekte miteinander verzahnen. Angesichts der Ungleichgewichtigkeiten und der Ungleichzeitigkeiten wirtschaftlicher Entwicklung ist die Struktur- und Raumordnungspolitik gefragt. Sie muß zum Instrument des Interessenausgleiches ausgebaut werden. Mehr Staat ist gefordert, um die Zufälligkeiten kommunaler Entwicklung überhaupt auffangen zu können. Aus Sicht der IG Bau-Steine-Erden² muß die Stadterneuerung insgesamt in den Dienst des sozialen Ausgleichs und der Umweltverbesserung gestellt werden. Das setzt voraus, die gewachsenen sozialen Strukturen aufrecht zu erhalten und zu fördern, die neue Armut und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Bürgerbeteiligung zum festen Bestandteil der ökologischen Stadtgestaltung zu machen. Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit bleibt Dreh- und Angelpunkt. Ansonsten droht den Städten die Verslumung, wie sie bereits aus Großbritannien bekannt ist. Wird Stadterneuerung auf eine sozial-ökologische Basis gestellt, so leistet sie selbst einen Beitrag zur Beschäftigungsförderung, öffnet neue Finanzspielräume und begrenzt die neue Armut.

Gemeindefinanzreform überfällig

Vordringlich ist dabei eine Gemeindefinanzreform, die den Gemeinden - unabhängig von Konjunkturschwankungen - ständige Einnahmen für beständige Ausgaben sichert. In dem Zusammenhang ist es notwendig, daß dem veränderten Charakter der Sozialhilfe Rechnung getragen wird und die Sozialhilfekosten vom Bund übernommen werden. Insofern muß der vorherrschende Trend zur Ausplünderung der Gemeindekassen, wie er gerade durch die Steuerreform neuen Auftrieb erhält, umgekehrt werden. So muß auch die Deckung der Länderhaushalte zu Lasten der Kommunen unterbunden werden. Zur Stärkung der kommunalen Finanzautonomie gehört die Einschränkung der Zweckzuweisungen zu Gunsten der Erhöhung der Schlüsselzuweisungen. Soweit der Kommune hoheitliche Aufgaben übertragen werden, müssen die Kosten von den Bundesländern übernommen werden. Andererseits müssen sich die Kommunen auch wieder auf ihre eigene Handlungsfähig-

² Vgl. IG Bau-Steine-Erden: Memorandum zur ökologischen, sozialen und humanen Stadterneuerung.

keit besinnen. Dazu gehören Ordnungs- und Satzungsrecht, eine verursachergerechte Gebührenpolitik, die Entwicklung eigenständiger Dienstleistungen im Bereich Energie und Wasser und die Nutzung der öffentlichen Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen zur ökologischen Erneuerung.³

Neben der Stärkung von Finanzkraft und Autonomie der Kommune müssen auch der soziale Wohnungsbau und das Genossenschaftswesen wiederbelebt werden. Mittlerweile werden weniger Sozialwohnungen gebaut, als aus dem Markt genommen werden. Die Wiederaufnahme des sozialen Mietwohnungsbaus durch den Bund ist ebenso unversichtbar wie die dauerhafte Absicherung der zirka 4 Millionen Sozialmietwohnungen. Auch der Mieterverdrängung durch Luxusmodernisierung muß gesetzlich Einhalt geboten werden. Zudem sind Bedarfsschwerpunkte für den Mietwohnungsneubau durch die Kommunen einschließlich einer Ergänzungsfinanzierung festzulegen.

Daneben gilt es, an die genossenschaftlichen Ideen mit den Prinzipien der Selbstverwaltung, Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Solidarität anzuknüpfen. Gerade gemeinschaftliche Wohnformen schaffen eine Reihe von sozialen Qualitäten, die anonyme Wohnviertel nicht bieten. Sie fördern soziale Kontakte und legen Grundlage für gegenseitige nachbarschaftliche Hilfe, fördern das Zusammengehörigkeitsgefühl und damit die Voraussetzung für solidarisches Handeln. Damit sich die Genossenschaft heute als eigenständige Alternative zum Wohneigentum überhaupt durchsetzen kann, bedarf es ihrer steuerrechtlichen Gleichstellung mit dem Wohneigentum.

Energiedienstleistungen anbieten

Soweit es um ökologische Fragen geht, müssen die Kommunen ihre Autonomie zurückgewinnen und zum eigenverantwortlichen Handeln finden. Gerade auf dem Feld der Energieversorgung ist dies in der Vergangenheit vollkommen vernachlässigt worden. Die Energieversorgungskonzerne beziehungsweise Verbundunternehmen bestimmen heute die Richtung der Energiepolitik, während die Kommunen an der goldenen Fessel „Konzessionsabgabe“ gehalten werden. Die Energieeinsparung ist für diese Konzerne kein lohnendes Geschäft. Doch darum geht es gerade. Energieeinsparung ist eine Energiequelle, die weder Betriebs- und Rohstoffkosten noch Umweltverschmutzung kennt. Beim Einsparen von Energie kommt es entscheidend auf die Anstrengungen in den Gemeinden, bei Industrie und Gewerbe sowie in den privaten Haushalten an. Deshalb muß die heutige Form der Energieversorgung durch ein dezentral organisiertes und kommunal kontrolliertes Energiedienstleistungssystem ergänzt werden. Kommunale beziehungsweise regionale Energiekonzepte sind unter Berücksichtigung folgender Punkte notwendig:

- Ausbau der Nah- und Fernwärme sowie Sanierung des vorhandenen Fern-

³ Vgl. Horst Brum/Otto Huter: Die ökologische Erneuerung braucht öffentliche Unternehmen und öffentliche Einrichtungen, in: Otto Huter/Werner Schneider/Bernd Schutt (Hrsg.): Umweltschutz für uns. Das Handbuch zur ökologischen Erneuerung, Köln 1988, S. 214 ff.

wärmenetzes, was alleine eine Investition von rund 15 Milliarden DM verlangt;

- Förderung der Stromerzeugung mit Kraft-Wärme-Koppelung durch den Bau von Blockheizkraftwerken unter Nutzung alternativer Energien, wie zum Beispiel Klär-, Bio- und Deponiegas;
- Erfassung der Potentiale zur Energieerzeugung aus landwirtschaftlichen Abfällen und Fäkalien, wodurch auch der Überdüngung der Landwirtschaft durch Gülle gegengesteuert werden kann;
- Anschlußverbot für Nachtstromspeicherheizung und elektrischen Durchlauferhitzern;
- die Kommune muß durch verschiedene Maßnahmen bei der Energieeinsparung an öffentlichen Gebäuden Vorbildfunktion übernehmen;
- Einrichtung von Energieberatungsstellen für private Haushalte.

Zweifellos bedarf es auch entsprechender gesetzlicher Initiativen. Zum Beispiel muß in das Energiewirtschaftsgesetz das Ziel der Umweltverträglichkeit und Ressourcenschonung bei der Stromerzeugung aufgenommen werden. Gleichzeitig sind die Unternehmen zu verpflichten, überschüssigen Strom privater Produzenten gegen Erstattung der Selbstkosten zu übernehmen oder durchzuleiten. Ein Abwärmeverbot ist unverzichtbar. Auch die Tarifordnung muß in Richtung linearer Stromtarife verändert werden, um finanzielle Anreize für das Stromsparen zu geben. Subventionen für Großkunden sind ersatzlos zu streichen.

Von der Sanierung zum vorbeugenden Gewässerschutz

Auch bei der Abwasserbeseitigung und im Gewässerschutz darf sich die Kommune bei ihrem Investitionsverhalten nicht allein vom Zustand der Kanäle lenken lassen. Vielmehr müssen die Gesichtspunkte des Stadtklimas und des Wasserkreislaufes in den Mittelpunkt gerückt werden. Maßnahmen, die in diese Richtung gehen, sind:

Eine aktive Politik der Bodenentsiegelung muß eingeleitet und von Maßnahmen zur Regenwasserrückhaltung begleitet werden.

Die Wassereinsparung und insbesondere die Erweiterung der Brauchwasserkreisläufe bis hin in die Wohnung muß Beachtung finden. Vor allem sind Trink- und Brauchwasserkreisläufe voneinander zu trennen. Faßt man die notwendigen Sanierungsleistungen bei den Trinkwassernetzen, der Kanalisation und der Kläranlagen zusammen, so ergibt sich ein Investitionsvolumen von rund 125 Milliarden DM. Deshalb müssen die bisherigen finanziellen Aufwendungen für öffentliche Abwasserentsorgung von rund 4,5 Milliarden DM auf 10 Milliarden DM jährlich erhöht werden. Das heißt natürlich, daß die Unterstützung von Bund und Ländern zwingend notwendig ist. Gleichwohl dürfen die Probleme der Abwasserbeseitigung und des Gewässerschutzes nicht auf dem Rücken der Bürger, also durch fortwährende Gebührenerhöhungen, getragen werden. In erster Linie geht es bei der Verbesserung der kommu-

nenalen Abwasserbeseitigung darum, die betriebliche Abwasserbeseitigung anzupacken; denn rund 52 Prozent der anfallenden industriellen Abwasser gelangen in das kommunale Netz. Rund 90 Prozent der 70 000 gewerblichen und industriellen Indirekteinleiter sind an dieses Netz angeschlossen. Eine wirksame Verbesserung der kommunalen Abwasserreinigung setzt voraus:

- Überwachung und Kontrolle der Indirekteinleiter, Aufbau eines Abwasserkatasters, Verbesserung im Laborwesen und bei den Netzsystemen und eine verursachergerechte Gebührenordnung;
- Einschränkung des Abwasserabfalls bei der Produktion und Entsorgung der Schadstoffe an Ort und Stelle. Beispielsweise kann dies mit mobilen Klärstationen geschehen. Die anfallenden Kosten sind direkt vom Verursacher zu tragen;
- Einstellung von zusätzlichem Personal für die Überwachung und Kontrolle der gewerblichen und industriellen Indirekteinleiter sowie zu deren Beratung. Auch hier sind die Kosten verursachergerecht umzulegen.

Für die Stadterneuerung gewinnen auch Fragen der umwelt- und benutzer-gerechten Verkehrsgestaltung an Bedeutung. Auch in Zukunft ist mit weiter steigenden Kfz-Zulassungszahlen zu rechnen. Entsprechend werden die Belastungen zunehmen, was eine Neuorientierung der innerörtlichen Verkehrspolitik notwendig macht. Insgesamt müssen Konzepte entwickelt werden, die den Umstieg vom Auto auf den öffentlichen Personennahverkehr wirklich fördern. Dazu gehören abgestimmte, kundenfreundliche Fahrpläne und verbesserte Taktzeiten, tarifliche Anreize, eigene Spuren für Bus und Bahn, eine Begrenzung der Verkehrsströme vor den Städten (park & ride). In Wohngebieten muß grundsätzlich Tempo 30 gelten, und der ruhende Verkehr muß über Parklizenzen gesteuert werden. Daneben sollten die Verkehrsbetriebe an die Großunternehmen herantreten und entsprechende Beförderungsabonnements anbieten.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß zu einem integrierten Konzept der Stadterneuerung auch die Abfallwirtschaft und die Altlastensanierung gehören. Viele Städte verfügen über große industrielle Branchen, die aber aufgrund ihrer Belastung nicht wieder verwertbar sind. Unter dem Gesichtspunkt des Boden- und Gewässerschutzes und der Bodenknappheit müssen sie aber unbedingt saniert werden. Dies wird ohne einen Altlastenfond der Industrie nicht gehen. Hier ist der Bund gefordert, ordnungspolitisch einzugreifen.

Auf all den genannten Feldern werden sich nur Fortschritte erzielen lassen, wenn auch der Bürger aktiv an den Planungs- und Entscheidungsprozessen beteiligt wird. Dazu müssen die Kommunen entsprechende Beteiligungsangebote machen, die über die Vorschriften des Baugesetzbuches hinausgehen. Die in Zukunft vorgeschriebenen Umweltverträglichkeitsprüfungen müssen unter Einschluß der Verbandsklage zu einem wirklichen Beteiligungsinstrument ausgebaut werden. Nur durch entsprechende Mitwirkungsformen und die Chance, zusätzliche Sachkenntnisse einzubringen, läßt sich sowohl Sozialverträglichkeit als auch Umweltverträglichkeit herstellen. Mehr Transparenz

ist nicht nur gewünscht, sondern dringend erforderlich. Aus diesem Grunde müssen die kommunalen Umweltberichte zu kommunalen öffentlichen Umweltbilanzen ausgedehnt werden, in die auch die ortsansässigen Betriebe einbezogen sind. Eine Offenlegungspflicht der umweltrelevanten Daten muß obligatorisch sein, denn nur so gibt es auch Planungssicherheit. Eine Stadterneuerung in sozialer, humaner und ökologischer Perspektive braucht die Öffentlichkeit. Andernfalls wird es bei kosmetischen Operationen bleiben.